Mehr Gerechtigkeit
Dresdens erste Fahrradstraße
» Seite 2

Vorwerkstraße
Gemeinschaftliches Wohnen fördern
» Seite 4

Ehrenamt
Neue Strukturen für mehr Anerkennung
» Seite 5

Ausgabe 07

»Wir setzen uns weiter für eine Erhöhung der Kulturförderung ein« Anja Apel

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Dezember 2021

Verkehrswende sozial gestalten!

Fahrpreise für Bus und Bahn nicht zu Lasten der Fahrgäste erhöhen.
» Seite 2

Zusammen wachsen

Kundin gegen Beschäftigten? Radler gegen Autofahrerin? Gesamtgesellschaftlicher Fortschritt braucht ein solidarisches Miteinander

Grüne und FDP auf Bundesebene wollen die Zerschlagung der Bahn. Schon zeigt sich eine der typischen Sollbruchstellen der deutschen Gesellschaft – die zwischen Kundinnen und Kunden auf der einen und den Angestellten der Dienstleistungserbringer auf der anderen Seite. Während Fahrgastvertretungen pro Zerschlagung argumentierten, läuft die Gewerkschaft der Eisenbahner Sturm. DIE LINKE wendet sich gegen die Zerschlagung – nicht nur, weil sie Schwarz für die Verkehrswende sieht, sondern weil sie auch die Belange der Beschäftigten im Blick hat. Konkurrenzdruck bedeutet Lohndruck. Es ist nicht das erste Mal, dass den Beschäftigtenvertretungen die Kundenverbände die Solidarität versagen.

Dabei wäre eine Solidargemeinschaft aus Kundinnen und Kunden und Beschäftigten in der Forderung nach auskömmlich finanzierten, guten Leistungen stärker. Ein Beispiel, dass so was gelingen kann, lässt sich in Dresden finden: in der Kulturförderung. In einer neuen Förderrichtlinie sind erstmals Honoraruntergrenzen festgelegt. Es soll in unserer Stadt nicht nur ein breites kulturelles Angebot für Besucherinnen und Besucher geben, nicht nur das Überleben der Kulturbetriebe gesichert werden, es sollen auch die vernünftig entlohnt werden, die mit ihren Darbietungen Kultur möglich machen. Ein gutes Miteinander ist dadurch geprägt, dass sich nicht einer krumm macht und ein anderer profitiert, sondern Wohlstand und Fortschritt gesamtgesellschaftlich wachsen. In dieser Ausgabe berichten wir über unseren Beitrag zu einem guten Miteinander in der Stadt – ob in der Ehrenamtsförderung, bei der Gründung einer Gemeinschaftsschule oder im gemeinsamen Verkehrsraum Stadt.

Thomas Feske

GEMEINSCHAFTSSCHULE

Hohe Hürden

Nach 15 Jahren gelang es 2019 erstmals wieder, eine Unterschriftensammlung für einen Volksantrag zum Erfolg zu führen – für die Einführung der Gemeinschaftsschule in Sachsen. An über 50.000 Unterschriften kam selbst Sachsens CDU nicht vorbei und ebnete gemeinsam mit SPD und Grünen in der Landesregierung den Weg für längeres gemeinsames Lernen. Die gesetzliche Grundlage, also die Verankerung der Schulform der Gemeinschaftsschulen im Sächsischen Schulgesetz, schuf die Regierung des Freistaates im Sommer 2020 per Beschluss im Sächsischen Landtag. Dabei wurden die Hürden zur Gründung sehr hoch gesetzt. Hoch, aber nicht zu hoch: In Dresden nimmt nun die Gründung einer Gemeinschaftsschule Formen an, nach einer fraktionsübergreifenden Initiative aus der Mitte des Rates und unter Beteiligung einer engagierten Schulleitung und Lehrerschaft einer bereits existierenden Schule. » Seite 5

Bus und Bahn bewegen die Stadt

Warum die DIE LINKE mehr Geld für die DVB fordert, zugleich aber die Erhöhung der Fahrpreise ablehnt

Wenn Bus und Bahn eine ökologische Alternative für möglichst viele Menschen sein sollen, müssen sie bezahlbar sein

Alljährlich steigen in Dresden die Fahrpreise für Bus und Bahn. Das ist nicht nur in Dresden so, sondern überall in Deutschland. Ausnahmen gibt es vielleicht mal vor einem Wahljahr oder 2020 – natürlich wegen Corona. Angesichts der galoppierenden Inflation erscheint dies logisch: Alles wird teurer, also auch Bus und Bahn.

Die Sache hat nur einen Haken – die Tarife für den ÖPNV sind in den letzten zwei Jahrzehnten nicht nur mit der Inflation gewachsen, sondern viel stärker. Nicht wenige Verantwortliche träumten davon, die Fahrpreise so lange zu erhöhen, bis der Nahverkehr kostendeckend funktioniert. Andere glaubten, den städtischen Zuschuss in Dresden bei 40 Millionen Euro jährlich deckeln zu können, und wieder anderen war der öffentliche Nahverkehr schlicht egal.

Geheimes Spargutachten

Unter strikter Geheimhaltung hat der Vorstand der Technischen Werke im Sommer untersuchen lassen, wo man bei den Dresdner Verkehrsbetrieben (DVB) Geld einsparen kann. Allein, die Sache kam ans Licht der Öffentlichkeit und ging nach hinten los. Das *Gutachten* enthielt solch horrenden Unsinn, dass es die Technischen Werke nicht einmal mehr veröffentlichen wollten – an eine Umsetzung gar nicht zu denken. Auf einen Antrag der LINKEN hin fand nunmehr eine Sachverständigenanhörung statt. Einhelliger Tenor der Sachverständigen: Die Dresdner Verkehrsbetriebe können nicht einsparen, sondern brauchen entschieden mehr Geld als bisher – mindestens 75 Millionen Euro Zuschuss jährlich.

DIE LINKE will auf keinen Fall Fahrpreise erhöhen

Gründe dafür gibt es viele: Die DVB gilt laut Fahrgastbefragungen als der beste Nahverkehr Deutschlands. Zugleich verdienen aber diejenigen, die die Fahrzeuge führen, immer noch deutlich weniger als in anderen Verkehrsunternehmen – ein unhaltbarer Zustand. Die Stadt wächst, auch die Zahl der Autos nimmt noch zu, gleichzeitig muss der Anteil des klimafreundlichen Nahverkehrs wachsen.

SPD und Grüne haben schon einen Finanzierungsweg gefunden: Man werde um »maßvolle Fahrpreisanpassungen« nicht herumkommen, ließ der zuständige SPD-Stadtrat wissen. Die Grünen äußerten sich diplomatischer, aber ähnlich. Wie man so die durch Corona abgesprungenen Fahrgäste zurück-, und für eine ökologischen Verkehrswende neue gewinnen will, bleibt ein Rätsel.

Blick nach Berlin

Nun verhandeln SPD und Grüne gerade in Berlin über die Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung. Da lohnt ein Blick in die Wahlprogramme. »Mobilität darf nicht vom Geldbeutel abhängen: Länder, Kommunen und Verbünde wollen wir dabei unterstützen, attraktive Preisangebote bis hin zu ticketlosem ÖPNV zu machen und neue Finanzierungsquellen wie eine Umlagefinanzierung zu erschließen«, heißt es bei den Grünen. »Modelle wie das 365-Euro-Ticket oder Modellprojekte für einen ticketfreien Nahverkehr unterstützen wir«, schreibt die SPD.

Offensichtlich haben Sozialdemokrat:innen und Grüne vor Ort wenig Vertrauen zu ihren Leuten in Berlin. DIE LINKE aber will auf keinen Fall Fahrpreise erhöhen, *bevor* klar ist, welche finanzielle Unterstützung künftig tatsächlich aus Berlin zu erwarten ist; *danach* aber ehrlich gesagt auch nicht – weil wir darauf hoffen, dass nicht jeder vernünftige Ansatz der Koalition mit der FDP geopfert wird.

Jens Matthis

FAHRRADSTRASSEN

Für mehr Gerechtigkeit

Im September wurde am Kleinzschachwitzer Ufer die erste Fahrradstraße Dresdens für den Verkehr freigegeben. Auf einer Länge von 1,2 Kilometer wurden zwischen Meußlitzer Straße und der Fähre Kleinzschachwitz Markierungsarbeiten in den Kreuzungspunkten durchgeführt. Außerdem wurden die Vorfahrtsregelung geändert und die Beschilderung angepasst. Die Kreuzungsbereiche sind nun auffällig rot eingefärbt, zudem machen Piktogramme auf den Radverkehr aufmerksam.

Das Besondere: Auf der Fahrradstraße, die auch für Kraftfahrzeuge freigegeben ist, bestimmen Radfahrer:innen das Tempo und dürfen nebeneinander fahren. Alle Verkehrsteilnehmer:innen müssen sich unabhängig vom Verkehrsmittel an die Höchstgeschwindigkeit von 30 Kilometer pro Stunde halten. Da auf dem Kleinzschachwitzer Ufer keine Fußwege vorhanden sind, dürfen Fußgänger:innen die Fahrradstraße nutzen, sollen aber am Fahrbahnrand laufen. Für Anwohner:innen ändert sich in Bezug auf die Erreichbarkeit von Grundstücken nichts, einzig das Parken ist nun aus Platzgründen untersagt. Alle Verkehrsteilnehmer:innen müssen – wie bisher auch – aufeinander Rücksicht nehmen.

In Zukunft sollen Fahrradstraßen die Radrouten im Nebenstraßennetz des gesamten Stadtgebiets deutlich sichtbarer machen. Aus linker Sicht sind Fahrradstraßen ein geeignetes Mittel, um für mehr Gerechtigkeit im Straßenverkehr zu sorgen. Die Stadt und die Straßen gehören schließlich allen. Die Zeiten, in denen Kraftfahrzeuge unwidersprochen den Verkehrsraum dominieren, müssen endlich der Vergangenheit angehören.

Anne Holowenko

Hier bestimmen Radfahrer:innen das Tempo

Wer die Verkehrswende will, muss jetzt die richtigen Weichen stellen

Auf die Schiene, nicht an die Börse

Dass bei der Bahn etwas passieren muss, weiß auch DIE LINKE, die die DB AG zu einer Bahn für Leute, Land und Klima reformieren will

Groß ist der Investitionsstau in die Infrastruktur, etwa in marode Brücken, weit hinkt die Bahn als ökologische Alternative zu Flug- und Güterverkehr hinterher. Corona macht es dem Unternehmen zusätzlich schwer. Da machen am Rande der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, Grünen und FDP bemerkenswerte Vorschläge der Monopolkommission für eine Zerschlagung der Bahn die Runde. Die Kommission ist als stramm neoliberal bekannt. Deren Vorschlag der »Trennung von Netz und Betrieb« ist daher nichts anderes als ein neuer Anlauf zur Privatisierung der Bahn. Der LINKE-Bundestagsabgeordnete und Verkehrsexperte Victor Perli skizziert eine linke Vision für die Bahn:

»[...] Man muss es klar sagen: Die neoliberalen Versprechungen der Bahnreform der neunziger Jahre, wonach ein an Markt und Wettbewerb orientierter Bahnkonzern effizienter und wirtschaftlicher arbeitet, haben sich nicht bewahrheitet. Im Gegenteil: Durch die Umwandlung der Bahn in eine Aktiengesellschaft, den geplanten Börsengang und die Öffnung des Bahnsektors für private Wettbewerber hat die Politik demokratische Steuerungsmöglichkeiten aus der Hand gegeben und Tür und Tor für den Raubbau an einer traditionsreichen öffentlichen Infrastruktur geöffnet. Jetzt müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler viel Geld für die heruntergewirtschaftete Bahninfrastruktur in die Hand nehmen.

Kein »Weiter so«

Für die politische Linke ist klar, dass es kein »Weiter so« geben darf. Wir wollen eine Bahn in öffentlicher Hand, die Menschen und Regionen verbindet, günstig und klimafreundlich. Eine Bahn, die in der Lage ist, den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen. Dazu braucht es keine Aktiengesellschaft, sondern ein öffentlich-rechtliches Unternehmen, das auf die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit ausgerichtet wird.

»Eine Bahnreform muss die Privatisierungsmaßnahmen zurücknehmen«

Eine Bahnreform für Leute, Land und Klima muss die Privatisierungsmaßnahmen zurücknehmen. Anstelle der Bilanzorientierung sollte wieder der Dienst an der Gesellschaft, also das Bereitstellen der Dienstleistung Mobilität, oberste Maxime sein. Aus den etlichen Kleinunternehmen, die teilweise untereinander konkurrieren, sollte wieder ein Unternehmen in öffentlich-rechtlicher Hand und mit entsprechender Rechtsform werden. Die privatrechtliche sowie zersplitterte Struktur ist im Alltagsgeschäft die Ursache vieler Probleme, erheblicher Reibungsverluste und interner Störmanöver. Aus finanzieller Sicht muss dafür gesorgt werden, dass die Steuermittel in den Ausbau der Netze und die Modernisierung der Infrastruktur fließen.

Bahn als kulturelles Symbol

Für die politische Linke geht es bei der Bahn nicht nur um Verkehrspolitik. Sie ist auch ein soziales, ökonomisches und kulturelles Symbol, ob Menschen und Regionen abgehängt oder angebunden werden. Jeder geschlossene Bahnhof, jeder verwaiste Schalter, jede gestrichene Bahnstrecke verstärkt die Kluft in der Gesellschaft zwischen denen, die bequem mitkommen, und denen, die auf der Strecke bleiben. Der Rückbau von Bahnschienen steht stellvertretend dafür, dass in den letzten Jahrzehnten immer mehr Menschen und ihre Regionen auf dem Abstellgleis gelandet sind. In diesen Zeiten ist der Kampf um eine Bahn für alle auch einer um die politische Kultur als solche.«

Die Redaktion

MEINUNG

Irrweg Privatisierung

Bemerkenswert schnell drohen Grüne und SPD in den Koalitionsverhandlungen mit der FDP auf Bundesebene in puncto Bahnzerschlagung dem Privatisierungswahn zu erliegen. Mit der Rückendeckung durch die Menschen im Land sollten sie dabei nicht rechnen. Nicht zuletzt in Dresden zeigt sich, wie wichtig es ist, dass die wesentlichen Bereiche der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand verbleiben.

Da gibt es ein städtisches Klinikum, das seine Beschäftigten besser bezahlt als viele privatisierte Krankenhäuser und ein wichtiger Anker in der Pandemie ist. Da gibt es einen kommunalen Energieversorger, der in Zeiten explodierender Gaspreise sein Möglichstes unternimmt, um den Versorgungsauftrag für die Bevölkerung zu erfüllen und dabei die enorm gestiegenen Kosten nicht eins zu eins weiterzugeben. Da gibt es die Dresdner Verkehrsbetriebe, deren Nahverkehrsangebot zu den besten Deutschlands gehört und die eine gewichtige Rolle für die weitere Entwicklung beim Klimaschutz, einer ökologischen Verkehrswende und der Attraktivität unserer Stadt spielen.

Demgegenüber verdeutlichen die jüngsten Entwicklungen rund um das Sachsenbad einmal mehr, wozu Privatisierungen nur allzu häufig führen. Da wurde auf Betreiben des FDP-Oberbürgermeisters ein Kulturdenkmal an einen sogenannten Investor verscherbelt. Der erklärte Wille der Bevölkerung, das Gebäude im Eigentum der Stadt zu behalten und als Bad zu revitalisieren, wurde bei dieser Entscheidung geflissentlich ignoriert. Ein Bad, das über mehrere Jahrzehnte ein Ort des öffentlichen Lebens und der Begegnung für die Menschen war, wird nun der Allgemeinheit entzogen und ganz im Sinne kapitalistischer Verwertungslogik zu Büroflächen nebst Yoga-Studio umgebaut.

André Schollbach: »Öffentlich, weil's wichtig ist!«

André Schollbach

GEMEINSCHAFTLICHES WOHNEN

Verwaltung verschleppt

Hier ist Platz für alle Generationen

Fünf Grundstücke jährlich sollen laut einem Stadtratsbeschluss aus dem Jahr 2013 in Dresden nach Konzept ausgeschrieben werden – bei deren Vergabe entscheidet also nicht der Preis, sondern das beste Konzept. Hierauf bewerben sich Wohn- und Baugemeinschaften, die gemeinschaftlich Wohnformen umsetzen wollen. So etwa Wohnprojekte, die einen besonderen Fokus auf generationenübergreifendes Wohnen legen, das Wohnen von Menschen mit und ohne Behinderungen umsetzen, oder Projekte, die aktiv das Zusammenleben in der Nachbarschaft mitgestalten wollen.

Leider zeigt sich, dass beständig weniger als fünf Grundstücke pro Jahr ausgeschrieben wurden. Auch bei der Umsetzung der Vergaben arbeitet das Bauamt schleppend. Ganz aktuell will eine Baugemeinschaft in der Vorwerkstraße in der Friedrichstadt ein Projekt realisieren, in dem insgesamt 36 Personen im Alter von 1 bis 76 Jahren zusammenleben wollen. Die Ausschreibung erfolgte bereits 2019, der endgültige Zuschlag steht noch immer aus. Durch diesen Zeitverzug droht nun sogar das Wertgutachten für das Grundstück auszulaufen, eine Neubewertung (verbunden mit entsprechenden Kostensteigerungen) wäre notwendig. Auf eine mündliche Anfrage im Stadtrat sagte Baubürgermeister Kühn (Grüne), dass nun endlich im Januar 2022 der Bauausschuss über die Vergabe entscheiden solle. Das ist die letzte Chance, die Vergabe auf Basis des aktuellen Wertgutachtens zu vollziehen. Diese Trägheit des Bauamtes ist enttäuschend. Denn gemeinschaftliche Wohnformen sind ein wertvoller Beitrag für lebendige Quartiere. Wir wollen, dass nicht die Finanzkräftigen, die sich auch auf dem freien Grundstücksmarkt durchsetzen können, sondern vor allem Wohnprojekte, die mit ihrem Konzept überzeugen, durch gezielte Vergaben unterstützt werden. *Pia Barkow*

Die Kuh melken, nicht schlachten

Das Italienische Dörfchen ist in den letzten Jahren in ein schwieriges Fahrwasser geraten. Nun musste der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften handeln

Auf dem Höhepunkt der sächsischen Macht oder seines Übermutes – das ist immer schwer auseinanderzuhalten – bewarb sich August der Starke um die Krone des Königs von Polen. Um die Bedingungen für den ausgeschriebenen Posten zu erfüllen, trat er 1697 zum katholischen Glauben über. Erst der Sohn des genannten Monarchen wagte, als König eines erzkatholischen Landes neben seiner kurfürstlichen Residenz im protestantischen Sachsen und Dresden dieser Konversion baulich Ausdruck zu verleihen.

Ursprünglich Baucontainer

Mit der Errichtung der Katholischen Hofkirche wurde der italienische Architekt Gaetano Chiaveri beauftragt. Chiaveri – es sollte schließlich eine stilechte katholische Kirche werden – baute seinerseits ebenfalls auf ausländische Fachkräfte. Die für sie zur Verfügung stehenden *Baucontainer* wurden damals noch dauerhaft und massiv ausgeführt, schließlich wurde von 1739 bis 1755 gebaut. Diese Unterkünfte und Baubüros direkt gegenüber der Baustelle – Stadt der kurzen Wege – erhielten die Bezeichnung »Italienisches Dörfchen«. Hier lebten und arbeiteten die italienischen Steinmetzen, Zimmerleute und Maurer nebst ihren Familien. Zwar ist die Hofkirche ein barocker Bau, das Italienische Dörfchen in der jetzigen baulichen Fassung allerdings nicht. Wie fast die gesamte Brühlsche Terrasse ist auch

Hier könnte bald Schluss sein mit der Gastronomie

Beharrt Dresden auf der hohen Pacht, droht eine Insolvenz des Pächters

das heutige Italienische Dörfchen eine Schöpfung um die Jahrhundertwende 1900 und wurde 1911 vom bekannten Stadtbaurat Hans Erlwein entworfen. Im Krieg ausgebrannt, wurde das Bauwerk Mitte der fünfziger Jahre wieder aufgebaut.

Volatiles Geschäft

Das Anwesen gehört der Landeshauptstadt Dresden und ist schon seit 1992 verpachtet, wobei der Pächter auch die fällige Sanierung übernahm. Zunächst in einer exklusiven Lage und als Gastronomie leidlich konkurrenzlos, verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage seit 2003. Vereinbart war eine Pacht von 16,1 Prozent des seinerzeitigen Grundstückswertes zuzüglich einer Wertsicherung auf Basis des Verbraucherpreisindex. Marktüblich bei Gewerbeimmobilien ist eine Pacht von sieben Prozent. Hinzu kam, dass sich das Umfeld ab 2017 in eine Baustelle wegen der Sanierung der Augustusbrücke verwandelte. Später verschärfte sich die Situation pandemiebedingt. Beharrt Dresden auf der hohen Pacht, droht eine Insolvenz des Pächters, der Heimfall der Immobilie und damit aber die auch nicht kostenlose Entschädigung des Pächters für die vorgenommene Sanierung und Ausstattung des Objektes.

Ob mit einer anschließenden Neuausschreibung ein besserer Pächter gefunden oder eine höhere Pacht erzielt werden kann, ist fraglich. Gastronomie ist ein sehr volatiles Geschäft. Getreu dem Motto, dass man die Kuh, die man melken will, nicht schlachten darf, hat der Bauausschuss rückwirkend ab 2018 eine marktübliche Pacht von sieben Prozent vereinbart. In dem fast dreißig Jahre laufenden Pachtvertrag hat die Landeshauptstadt Dresden bisher 7,6 Millionen Euro eingenommen.

Tilo Wirtz

Frostschutz
Echte und soziale Kälte
» Seite 2

Kriegserbe
Erinnerung an Elsa Fenske
» Seite 5

Illegal
Europäischer Rechtsbruch
» Seite 8

Ausgabe 07

»Pushbacks sind eine menschenrechtliche Kapitulation!«

Dr. Cornelia Ernst

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden
Dezember 2021

Wachstumsstörung

Wie viel Anspruchsdenken können wir uns noch leisten? » Seite 3

Blühende Landschaften 2.0?

Das Sondierungspapier der Ampelkoalitionäre im Schnelltest

Alles soll »agiler«, »digitaler« und die »innere Einheit sozial und wirtschaftlich« vollendet werden. Mit solchen Worthülsen wird die gegenseitige Blockade der zukünftigen Ampelkoalitionäre schon im Sondierungspapier verdeckt. Statt konkreter Maßnahmen dominieren Umbenennungen und Prüfaufträge. Aus Hartz IV wird Bürgergeld, sonst ändert sich wenig.

Eine Abkehr vom in Teilen als verfassungswidrig eingestuften Sanktionssystem wurde trotz der Ankündigung im grünen Wahlprogramm nicht aufgenommen. Familienpolitische Leistungen sollen unter dem Namen Kindergrundsicherung zusammengelegt werden. Ob dies ein reformiertes Kindergeld oder eine wirkliche Garantie kindlicher Bedarfe und ein wirksamer Schutz gegen Kinderarmut sein wird, bleibt bisher offen.

Wie die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West erreicht werden soll, dazu findet sich im Textverlauf kein einziges Wort. Die Angleichung der Ostrenten, eine Strategie gegen das Niedriglohngebiet Ost sind genauso wenig anzutreffen wie Überlegungen zur Ansiedlung von Bundesbehörden, Forschungsinstituten oder zur Wirtschaftsförderung in abgehängten Regionen.

Die dringend nötige Anhebung des Mindestlohns steht zur Verbesserung der Situation von Beziehenden geringer Einkommen allein auf weiter Flur. Zur Höhe und zur Bekämpfung der Wohnkostenlücke von Erwerbslosen und von Beziehenden in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit: kein Satz.

Der Verzicht darauf, eine armutsfeste Mindestrente einzuführen, wird durch den Begriff des Mindesrentenniveaus verschleiert. Der ist aber lediglich eine Festschreibung des aktuellen Rentenniveaus.

Wer geglaubt hatte, auch ohne LINKE in der Regierung würde Deutschland sozialer und gerechter werden, dürfte sich am Ende erstaunt die Augen reiben. Unser Auftrag als soziale Alarmanlage also bleibt. Mit kleinerer Fraktion, geringeren Ressourcen, aber nicht minder großer Verantwortung.

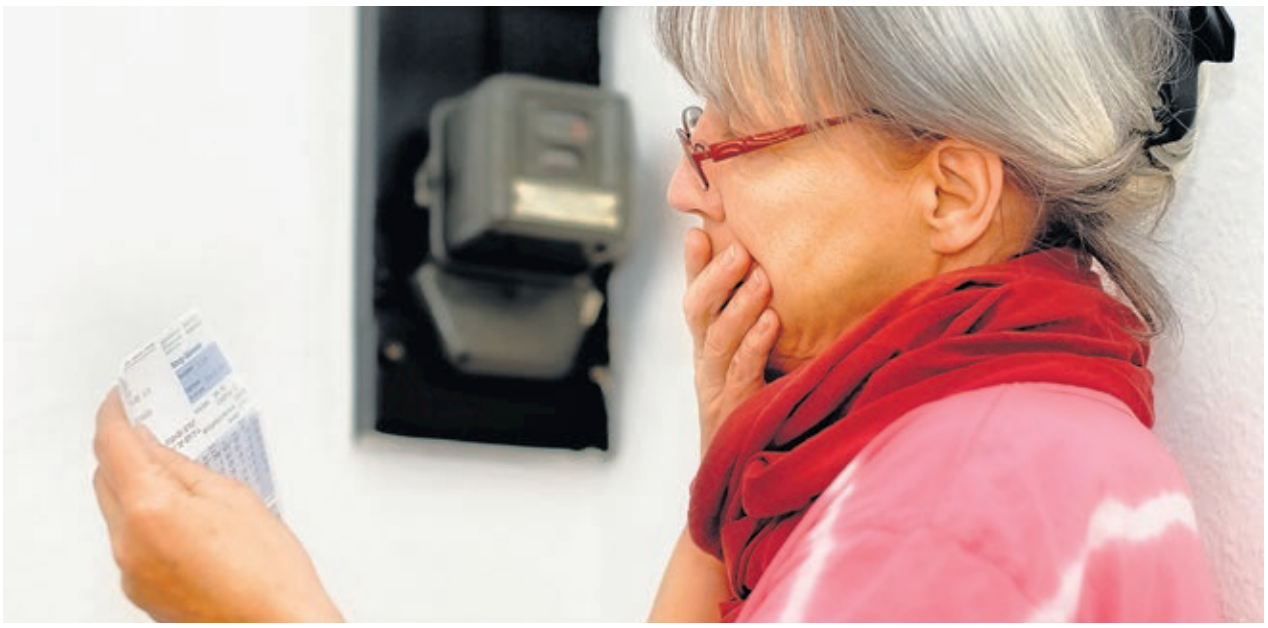
Katja Kipping

EDITORIAL

Zwischen den Fronten

Die Pandemie geht in ihre vierte Runde und einigermaßen rat- und hilflos scheint die Politik vor dieser Herausforderung zu stehen. Überdeckt davon vollzieht sich der Versuch einer Regierungsbildung in Deutschland schleppend, das Versprechen vom neuen Kanzler im Nikolausstiefel scheint kaum noch einlösbar zu sein und ob die Wahlversprechen gültig bleiben – wer weiß? Davon unabhängig taumelt die Welt in eine Rohstoffkrise bislang unbekannten Ausmaßes. Erstaunt stehen marktliberale Akteure vor der Tatsache, sich in einer Mangelwirtschaft wiederzufinden. Gleichzeitig ereignet sich vor unseren Augen eine Tragödie furchtbaren Ausmaßes: Zwischen die Fronten geratene Flüchtlinge, viele Kinder darunter, frieren und hungern im Niemandsland zwischen Polen und Belarus, dem Zynismus aus Minsk und Brüssel gleichermaßen ausgeliefert. Einiges davon thematisieren wir in dieser Ausgabe, der letzten für dieses Jahr. Keine schöne Einstimmung auf die Weihnachtszeit.

Uwe Schaarschmidt



Heizen darf kein Luxus sein

Weder vor dem Gesetz noch vor dem Stromzähler sind alle Menschen gleich

Die aktuell rasant steigenden Energiepreise verweisen auf ein bereits länger bestehendes Problem, das die vergangenen Bundesregierungen egal welcher Zusammensetzung ignoriert haben. Haushalte mit geringen Einkommen müssen einen immer größeren Teil ihrer Einnahmen für Energiekosten aufwenden. Sie können Preissteigerungen nicht mehr schultern. In armutsbetroffenen Haushalten geht sprichwörtlich das Licht aus und bleibt die Wohnung kalt.

Stromsperren sind Warnsignal

Dass das kein theoretisches Problem ist, zeigt der letzte Monitoringbericht der Bundesnetzagentur. Jedes Jahr mehr als 4,8 Millionen Sperrandrohungen der Stromnetzbetreiber, von denen 911.000 in Sperrbeauftragungen münden, sind ein deutliches Warnsignal. Bereits heute kann jede/r zwölfte, der in Deutschland als armutsgefährdet gilt, die eigene Wohnung nicht adäquat heizen. Die betroffenen Haushalte haben kaum Möglichkeiten Energie einzusparen. Für die Anschaffung energieeffizienter Haushaltsgeräte fehlt ihnen häufig schlicht das Geld. Der Standard von Wohnungen in den unteren Preissegmenten ist meist von geringer Energieeffizienz. Nur ein kleines Segment neu gebauter und entsprechend teurer Wohnungen nutzt Erneuerbare Energien als Heizenergie. Bundesweit sind dies lediglich 5,8 Prozent. Der überwiegende Anteil der Bevölkerung ist nach wie vor auf Gas und Öl angewiesen, wenn die Wohnung nicht kalt bleiben soll. Der aktuelle Preisschock bei Energieträgern lässt Untote in der Debatte wiederauferstehen. Schon jetzt wollen einige die Energiewende noch weiter ausbremsen, als es die Koaltion aus Union und SPD in den vergangenen Jahren getan hat.

Auch wenn ich bei den derzeitigen möglichen Regierungskoalitionen wenig Hoffnung hege, wäre es höchste Zeit für einen sozial-ökologischen Energiepakt. Die erste Komponente eines Energiepakts ist schlichte Armutsbekämpfung. Denn in den unteren Einkommensbereichen ist Energiearmut nur ein Ausdruck eines generellen Armutsproblems. Maßnahmen wie die Einführung eines armutsfesten Mindestlohns, einer ebensolchen Mindestrente sowie einer sanktionsfreien und armutsfesten Mindestsicherung statt der bekanntermaßen nicht nur beim Strom- und Haushaltsenergie kleingerechneten Hartz-IV-Regelbedarfs. Das Wohngeld muss endlich reformiert werden und ein Heizkostenzuschuss wieder eingeführt werden. Die zweite Komponente

Für einen sozial-ökologischen Energiepakt!

müsste darauf zielen, Energiesperren zu verhindern und den Energiegrundbedarf aller Haushalte zu sichern. Darüber hinaus sollte eine bundesweite Energiepreisaufsicht eingeführt werden. Statt Elektroautos für ohnehin wohlhabende Haushalte zu fördern, wäre eine Unterstützung von Haushalten mit kleineren und mittleren Einkommen beim Wechsel auf energiesparende Haushaltsgeräte angesagt. Die Anschaffung von energiesparenden Großgeräten könnte durch die Einergieeinsparungen teilweise refinanziert werden. Und schließlich muss die energetische Sanierung von Gebäuden sozialverträglich gestaltet werden, damit eine klimagerechte Stadtsanierung nicht zu Verdrängung führt.

Wie durch den Winter kommen?

Wo eine warme Wohnung zum Luxus wird, läuft etwas gewaltig schief

Doch all das ist Zukunftsmusik. Viele Haushalte müssen durch den Winter kommen. Deswegen muss die Bundesregierung jetzt Sofortmaßnahmen ergreifen. Infrage kommt dafür ein Energiekostenaufschlag für Menschen im Wohngeldbezug sowie ein Haushaltsenergieaufschlag bei Hartz IV und Grundsicherungsbeziehenden. Bei ihnen müssen zudem die tatsächlichen Heizkosten übernommen werden. Für Haushalte mit niedrigen Einkommen, die keine Sozialleistungen erhalten, braucht es eine niedrigschwellige Lösung wie einen Heizkostenzuschuss sowie Energieschecks. Bis zum Ende der Heizperiode müssen zudem alle Netzsperren durch ein Moratorium ausgesetzt werden. *Katja Kipping*

BUCHTIPP

Ökonomie als System der Herrschaft

Es besteht kein Zweifel, dass der Kapitalismus ohne die ständige Präsenz ideologischer und repressiver Macht unmöglich wäre. Aber zur Macht des Kapitals gehört mehr als das, nämlich eine Form der Macht, die genauso brutal, unerbittlich und rücksichtslos wirkt wie offene Gewalt: der »stumme Zwang« oder, wie Søren Mau sie nennt, die »ökonomische Macht«, eine unpersönliche, abstrakte und anonyme Form von Macht, die in den ökonomischen Prozessen selbst verankert ist, statt sie äußerlich zu ergänzen.

Ausgehend von einer genauen Lektüre und einer kritischen Rekonstruktion der unvollendeten Kritik der politischen Ökonomie von Marx bürstet Søren Mau diverse Machttheorien gegen den Strich und veranschaulicht seine Thesen anhand konkreter historischer Entwicklungen.

■ **Søren Mau: »Stummer Zwang«, Dietz-Verlag Berlin, ISBN: 978-3-320-02384-3**

Risikofaktor Mensch

Wenn neuer Überlebenswille mit alten Ansprüchen kollidiert

Verwüstete Landschaften, verseuchte Gewässer. Auch *grüner* Kapitalismus hat seinen Preis

Kaum ein Thema beherrscht die politische Diskussion gegenwärtig derart, wie der Klimawandel – und kein anderes Thema sorgt für solch heftige, oft unversöhnliche Kontroversen, wie damit umzugehen sei. Von der kompletten Leugnung des menschengemachten Klimawandels über dessen marktgläubige Problembehandlung bis hin zur Exhumierung der Atomkraft als Ansatz zur Dekarboniserung der Energieversorgung ist alles dabei, was sich Menschen in ihrem Drang, es möge sich bitte an ihrer Lebensart nichts grundlegend ändern, so ausdenken, wenn der Tag lang ist. Atemlos hechelt die Politik dieser Veränderungsverweigerung hinterher, in einem tagtäglich neuen Versuch, keine Wählerschaft zu verlieren – oder aber mit dem Versprechen, nichts müsse sich ändern – zu gewinnen. Der Umweltwissenschaftler und ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Ernst Ulrich von Weizsäcker brachte es jüngst in einem Interview mit dem »Spiegel« auf den Punkt: »Deshalb ist es unfair, den Schwarzen Peter immer bei den Politikern zu suchen – es sind die Wählerinnen und Wähler, die einen schnellen Wandel verhindern. Das ist kein Vorwurf, aber man sollte es sich auch nicht schönreden.«

Energetische Aufwärtsspirale

Dabei sind die Aufgaben, die vor der Politik liegen, um die menschengemachte Erderwärmung in den Griff zu bekommen, gewaltig. Nimmt man nur die klimaneutrale Stromerzeugung, wird sehr schnell klar, dass man sich in einer Spirale befindet: Nicht nur die Abkehr von fossilen Brennstoffen zur Stromerzeugung selbst erfordert ein erhebliches Tempo des Ausbaus erneuerbarer Energien. Vielmehr wird die Umstellung des öffentlichen als auch des Individualverkehrs auf Elektroenergie den benötigten Strombedarf weiter in die Höhe treiben. Hinzu kommt, dass gut 75 Prozent der deutschen Haushalte mit Öl oder Gas beheizt und auch mit Warmwasser versorgt werden. Man stelle sich vor, in welch gigantische Höhen der Stromverbrauch stiege, würde man diesen Wärmebedarf über Wärmepumpen decken – denn die verbrauchen Strom. Und zwar im Winter, wenn die Photovoltaikanlagen ihren jährlichen Bummelstreik einlegen. Vom notwendigen Umbau der Heizungssysteme in den einzelnen Wohnungen noch gar nicht zu reden.

Dem Klima ist es völlig egal, aus welcher geographischen Ecke es ruiniert wird. Der Konsum ist entscheidend

Neben der sonnenarmen Jahreszeit sind auch noch Nacht, Wolken und Flauten in die Rechnung der Erneuerbaren Energie mit einzubeziehen, was enorme Überkapazitäten in der Installation und entsprechende, enorme Speicherkapazitäten für deren notwendigen Abruf erfordert. Eine gewisse Skepsis gegenüber den von der Politik ins Spiel gebrachten Zeiträumen scheint mehr als angebracht. Eher scheint klar: Ein weiter so der (nord-)westlichen Lebensart ist faktisch nicht möglich.

Last des grünen Gewissens

Mit klagender Mine wurde jüngst im Fernsehapparat vorgetragen, dass China für 31 Prozent des weltweiten CO_2-Ausstoßes verantwortlich sei. Dass China Exportweltmeister ist, also erhebliche Teile des CO2-Ausstoßes seinen Importkunden zugerechnet werden müssen, sagte man nicht. Beim Export-Vizeweltmeister Deutschland vergisst man dies selten zu erwähnen. Einfach gesagt: Dem Klima ist es völlig egal, aus welcher geographischen Ecke es ruiniert wird. Der Konsum ist entscheidend. Eine allerdings recht bedeutende Rolle spielt China in anderer Hinsicht: Es gibt keinen Kontinent der südlichen Hemisphäre, in dem China sich nicht Konzessionen für die Förderung *kritischer Metalle* wie Lithium, Kobalt, Nickel, Platin, Neodym gesichert hätte. Allesamt zwingend notwendig für den Ausbau von Windkraft und Solarenergie, wie auch für die Herstellung von Akkus für Elektrofahrzeuge. Mit Abbau dieser Rohstoffe und ihrer Verarbeitung gehen erhebliche Verwüstungen ganzer Landstriche im globalen Süden einher, noch nicht zu reden vom Wasserverbrauch, den dabei entstehenden giftigen Abwässern – und enormem CO_2-Ausstoß: Die Produktion einer Tonne – des für Windräder benötigtem – Neodym verursacht die 35-fache CO_2-Emission der Herstellung einer Tonne Stahl. Doch auch hier gilt wiederum: Es ist gleich, wer die Verwüstungen anrichtet. Letztlich ist auch das *grüne Gewissen* des Westens zu einem guten Teil auf Raubbau und Umweltzerstörung im globalen Süden gebaut.

Verpflichtender Verzicht vor Verteuerung

So bleibt schließlich die Frage: Was ist zu unterlassen, ohne das Notwendige nicht zu tun? Ernst Ulrich von Weizsäcker meint, ohne Regulierung und Verbote werde es nicht gehen, da die Menschen Verbote eher akzeptierten, als Verteuerungen. Immerhin: Eine klare Absage an das neoliberale Dogma der Markt regele alles und vor allen Dingen nahe an dem, was DIE LINKE weiterhin fordern sollte: Die Lasten des Klimawandels sozial gerecht verteilen. Langfristig scheint auch eine andere Frage nicht ganz bedeutungslos zu sein: In den letzten 60 Jahren hat sich die Weltbevölkerung mehr als verdoppelt. Wie viel Mensch mit all seinen Bedürfnissen vertragen der Planet und seine Ressourcen überhaupt?

Uwe Schaarschmidt

Weiß ein jedes Kind: Der Strom kommt aus der Steckdose

Ohnehin knappe Renten nun komplett von der Inflation abzukoppeln ist, gelinde gesagt, eine Frechheit

Unverschämte Forderung

Arbeitgeber wollen Kürzung der Rentenerhöhung

Es ist eine Unverschämtheit, den Rentnerinnen und Rentnern die beiden kommenden Rentenerhöhungen von fünf Prozent nicht zu gönnen. Denn sie sind eingerahmt von einer Nullrunde in diesem Jahr und einer Nullrunde 2024. Und nach der kommenden Heizkostenrechnung wird davon nicht viel im Geldbeutel übrigbleiben. Das Gerede von explodierenden Rentenausgaben verunsichert die Menschen. Die Ampel muss jetzt sofort ein solides Finanzierungskonzept für die gesetzliche Rente der nächsten Jahre vorlegen.

Wenn die Arbeitgeberseite jetzt argumentiert, dass auf Grund der schlechten Lohnentwicklung während der Corona-Krise die Rentenerhöhungen gekürzt werden müssten und die Renten wieder den Löhnen folgen sollten, ist das einfach Unsinn. Schaut man sich unvoreingenommen an, wie sich Rentenwerte und Löhne seit dem Jahr 2000 entwickelt haben, sieht man ganz klar: Die Renten blieben auf Grund der Kürzungsfaktoren weit hinter der Lohnentwicklung zurück. Die sogenannte Standardrente nach 45 Jahren Arbeit zum Durchschnittslohn müsste 2025 im Westen brutto mindestens 160 Euro und im Osten 120 Euro höher pro Monat ausfallen, wenn die Renten seit 2000 der Lohnentwicklung gefolgt wären. Die Rentnerinnen und Rentner wurden und werden also ganz klar von der Wirtschaftsentwicklung abgekoppelt.

Die Rentnerinnen und Rentner wurden und werden von der Wirtschaftsentwicklung abgekoppelt

Rentenmindestniveau sofort anheben

Außerdem muss endlich Schluss sein mit dem Mythos, die gesetzliche Rente verschlinge zu viel Steuergeld. Das ist offensichtlicher und interessensgeleiteter Unsinn. Der Anteil der Bundeszuschüsse für das Rentensystem an den Steuereinnahmen des Bundes ist seit 2005 von 41 Prozent auf 30 Prozent im Jahr 2019 zurückgegangen und wird auch in den kommenden Jahren nicht explodieren. DIE LINKE spricht sich für einen Dreiklang aus moderat steigenden Beitragssätzen, stabiler Steuerfinanzierung und einer Politik der guten Löhne und der guten Arbeit aus.

Wir fordern eine Wiederanhebung des Mindestrentenniveaus von 48 auf lebensstandardsichernde 53 Prozent. Die sogenannte Standardrentnerin hätte dann nach 45 Jahren Arbeit zum Durchschnittslohn eine Nettorente von 1500 Euro statt nur von 1365 Euro auf dem Konto. Der Beitragssatz würde dazu um zwei Prozentpunkte angehoben werden müssen. Das brächte sofort 27 Milliarden Euro Beitragsmittel und fünf Milliarden Euro Steuereinnahmen in die Rentenkasse. Das würde einen Beschäftigten mit einem Verdienst von 3462 Euro sowie seine Chefin gerade einmal jeweils 34,19 Euro mehr im Monat kosten – ein einfaches und solides Finanzierungskonzept für eine gerechte Rente.

Matthias W. Birkwald, Rentenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion

SCHULFÖRDERUNG UND BAFÖG FÜR ARBEITERKINDER

Bildungsungerechtigkeit beenden

Nach wie vor werden in Deutschland Kinder aus Arbeiterfamilien in der Bildung benachteiligt. Das belegt eine neue Studie des Stifterverbandes. Nur etwa jedes vierte Grundschulkind aus einer Nichtakademiker-Familie beginnt ein Studium, während es aus Akademikerhaushalten acht von zehn Kinder sind. Im Bildungsverlauf wird derart ausgesiebt, dass an Schulen Arbeiterkinder zwar 71 Prozent ausmachen, unter den Studierenden aber nur noch etwas weniger als die Hälfte. Die Selektivität unseres Bildungssystems führt dazu, dass mit jeder Stufe die Aufstiegschancen für Kinder aus Arbeiterfamilien rapide schwinden.

Die Studie bestätigt die Linksfraktion in ihren Forderungen: Die Lernförderung in den Schulen muss massiv ausgebaut werden. Es braucht ein Programm für Zehntausende neue Lehrkräfte und sozialpädagogisches Personal. Wo die soziale Herkunft Lernhürden birgt, gilt es diese schon in der Grundschule durch mehr Unterstützungsangebote umzukehren. Ich wünsche mir ein höheres Tempo beim Ganztagsausbau, denn jedes Jahr gehen Chancen verloren. Das ist auch eine Frage von Generationengerechtigkeit. Grundsätzlich ist weniger Selektion durch mehr Gemeinschaftsschulen der Weg zu Chancengleichheit. Nur Schulen, die gut ausgestattet sind, können auch gute Bildungsarbeit leisten. Für bessere Lernerfolge braucht es eine Lehrkräfteoffensive, schnellere Digitalisierung und ein umfassendes Sanierungsprogramm.

Zugang zu Bildung ist ein Grundrecht und darf kein ökonomisches Privileg sein

Problem Darlehensschulden

Damit mehr Arbeiterkinder ins Studium kommen, müssen sie vom BAföG erreicht werden. Das fängt bei der Vereinfachung des Antragsprozesses an und hört bei der Erhöhung des Fördersatzes noch längst nicht auf. Wenn schon bei niedrigen Elterneinkommen Abzüge drohen, überlegt man sich zweimal zu studieren. Viele haben Sorge, dass sie über Jahre auf Darlehnsschulden sitzen bleiben. Deswegen gilt: Die Ausbildungsförderung muss rückzahlungsfrei sein und die Einkommensfreibeträge müssen angehoben werden. Die nächste BAföG-Reform ist richtungsweisend. Bildungsgerechtigkeit gibt es nur bei gleichen Chancen zum Bildungsaufstieg, unabhängig vom sozialen Hintergrund. Bildung muss zur Chefsache werden!

Nicole Gohlke, Hochschul- und wissenschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

Und der Zukunft zugewandt

Erinnerung an Dresdens erste Sozialdezernentin nach dem Zweiten Weltkrieg

Vor 75 Jahren, am 29. Dezember 1946 verstarb Genossin Elsa Fenske nach einem schweren Verkehrsunfall. Sie wurde nur 47 Jahre alt. Wer war diese Frau, über deren Tod Viktor Klemperer am 31. Dezember 1946 in sein Tagebuch schrieb: »Die großen, herzleidenden Augen, die heisere Stimme, die heiße Leidenschaft der Fenske. Ich vergesse sie nicht.«[1]

Elsa Fenske hatte eine kaufmännische Ausbildung, interessierte sich für marxistische Theorie und trat 1922 in die KPD ein. 1933 wurde Elsa das erste Mal, im Oktober 1936 zum zweiten Mal verhaftet. 1938 zu lebenslanger Zuchthausstrafe verurteilt, musste sie die Haftzeit ab 1939 im Zuchthaus Jauer (heute Jawor, Polen) verbringen. Die Schriftstellerin Eva Lippold, während der Nazizeit ebenfalls in Jauer und später in Waldheim eingekerkert, verarbeitete die Haftzeit in ihren Büchern. Viele von uns Älteren erinnern sich an den DEFA-Film »Die Verlobte«, der nach diesen Erinnerungen 1980 gedreht wurde.

Elsa Fenske hat in ihrer Arbeit eines der wichtigsten Ziele der linken Bewegungen verkörpert

Erinnerung an Elsa Fenske im Garten des Wohnparkes gleichen Namens in Dresden

Seit 1952 Elsa Fenske-Heim, heute Wohnpark Elsa Fenske der städtischen Cultus GmbH

Schwerer Neuanfang

Am 12. Februar 1945 befreite die Rote Armee Jauer, und Elsa kam im Mai 1945 in Dresden an. Hier begann sie sofort mit der sozialen Arbeit. Sie wurde Stadträtin im neuen Stadtrat und Leiterin des Dezernates Sozialfürsorge. Für uns heute ist es nur schwer vorstellbar, was soziale Arbeit im ersten Jahr nach der Befreiung in Dresden konkret bedeutete.

Auch ich, geboren 1947, kenne diese Zeit nur aus Erzählungen und Büchern. Im November 2019 hatte mich Genosse Wilfried Trompelt auf einen Arbeitsbericht des Dezernats Soziale Fürsorge beim Rat der Stadt Dresden von Frau Stadträtin Fenske von 1946 aufmerksam gemacht, der mich von der ersten bis zur letzten Zeile fesselte.[2]

Gemeinsam mit 1200 Mitarbeiter:innen der Sozialfürsorge, darunter viele Dresdner Antifaschistinnen, nahm Elsa den täglichen Kampf gegen soziale Not und Nachkriegselend auf. An einige der Genossinnen sei hier erinnert: Elsa Delisch (geboren Glasmacher), Erna Fleischer-Gute, Else Fröhlich, Klara Hähnlein, Olga Körner, Friedel Landgraf, Elli Pfennig, Elise Thümmel.

Riesiger Aufgabenbereich

Das Dokument von 1946 belegt ausführlich mit Zahlen, was im ersten Jahr nach der Befreiung im Sozialbereich in unserer Stadt gemeinsam mit der 1945 gegründeten Volkssolidarität geleistet wurde, hier seien nur einige Schwerpunkte genannt:

Aufbau einer einheitlichen Fürsorge, Instandsetzung von Altersheimen – von sieben großen Altersheimen waren vier total zerstört; Umbau von Schlössern und Herrenhäusern zu Altenheimen und Unterkünften für Jugendliche – unter anderem Schloss Seußlitz und Schloss Lockwitz; Aufbau des Jugendamtes: Sorge um obdachlose Kinder und Waisenkinder; Aufbau von Säuglings- und Kinderheimen sowie Kindererholungsheimen; Verwaltung und Versorgung von Lagern für etwa 480.000 Flüchtlinge, Umsiedler und Heimkehrer aus Kriegsgefangenschaft, Schaffung von Mütterberatungsstellen. Besonders hervorzuheben ist die Schulkinderspeisung: Bis März 1946 wurden insgesamt funf Millionen Portionen ausgegeben. Fürsorge galt auch den 2300 Opfern des Faschismus, die aus Zuchthäusern, Lagern oder aus der Emigration zurückkehrten.

Dresdner Gedenkpolitik im Wandel

Im April 1946 war Elsa Delegierte des Vereinigungsparteitages von SPD und KPD in Berlin. Ab Oktober 1946 leitete sie als Ministerialdirektorin die Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge der Landesverwaltung Sachsen. Nach ihrem Tod wurde in Dresden an diese unermüdliche Sozialarbeiterin erinnert. Das Alten- und Pflegeheim an der Freiberger Straße trägt seit 1952 ihren Namen. Auch die Straße vor ihrer ehemaligen Arbeitsstätte im Stadthaus hinter dem Staatstheater Großes bekam ihren Namen. 1991 wurde die Elsa-Fenske-Straße auf Stadtratsbeschluss in Theaterstraße umbenannt. Nichts sollte im Stadtzentrum an Antifaschistinnen und Antifaschisten erinnern. Elsa Fenske hat in ihrer Arbeit eines der wichtigsten Ziele der linken Bewegungen und Parteien verkörpert: Unermüdlich für die sozialen Belange in der Gesellschaft einzutreten und soziale Gerechtigkeit zu schaffen. In der gegenwärtigen Arbeit und in Diskussionen über Ziele und Wege unserer Partei ist das ein hochaktuelles Thema: Wie gehen wir in der praktischen politischen Arbeit mit dem Konflikt zwischen unseren sozialistischen Idealen und Zielen und den Handlungsmöglichkeiten im Kapitalismus um. Darüber haben wir uns im Ältestenrat im August mit unserer Sozialbürgermeisterin Genossin Kris Kaufmann in einem sehr interessanten Gespräch ausgetauscht und schlagen vor, dass wir uns in der Stadtparteiorganisation in einer Basisveranstaltung mit diesem Thema befassen sollten. *Rotraut Näther*

1 Viktor Klemperer: »So sitze ich denn zwischen allen Stühlen«. Tagebücher 1945–1949. Aufbau-Verlag, Berlin 1999, S. 334–335

2 »Von der sozialen Fürsorge zur demokratischen Sozialpolitik«, veröffentlicht 1946 in »Was wurde bisher getan?« Heft 5, Herausgeber: Der Rat der Stadt Dresden, Nachrichtenamt.

NOVEMBER/DEZEMBER

Termine und Veranstaltungen

Stammtisch DIE LINKE Dresden-Prohlis
■ **22. November, 18 Uhr, »Eltern-Kind-Büro«, Berzdorfer Straße 26**

Treffen der AG Bildung der Stadtratsfraktion
■ **22. November, 18 Uhr, Raum 1/208, Neues Rathaus, Dr.-Külz-Ring**

Neumitgliedertreffen von DIE NEUE
■ **22. November, 18.30 Uhr, Saal, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Straße 93**

Stammtisch DIE LINKE Dresden-Loschwitz / Schönfeld-Weißig
■ **24. November, 16 Uhr, »Café Luk«, Grundstraße 174**

Mitgliederversammlung DIE LINKE Dresden-Nord
■ **28. November, 19 Uhr, »Volkssolidarität«, Putbuser Weg 18**

Infostände mit Katja Kipping
■ **8. Dezember; 9 Uhr: Jobcenter, Budapester Straße; 15.30 Uhr: Dr.-Külz-Ring, vor Altmarktgalerie**

Gratis Geschirr-Flohmarkt
■ **9. Dezember, 15 Uhr, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Straße 93**

Sitzung des Stadtvorstandes
■ **9. Dezember, 18 Uhr, Saal, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Straße 93**

■ **Bitte informiert Euch auf der Website des Stadtverbandes tagesaktuell über Verschiebungen oder Absagen der Veranstaltungen im Zuge der Entwicklungen der Corona-Pandemie und daraus folgender Änderungen.**

Sozialberatung

Die Beratung findet in der Regel per Mail statt. Wir rufen euch aber auch an, wenn wir weitere Fragen haben oder es leichter ist, das Problem im Gespräch zu erklären. In seltenen Fällen vereinbaren wir auch einen Termin zur Beratung in der Geschäftsstelle.
■ **sozialberatung@dielinke-dresden.de**

Der Stadtvorstand wünscht allen Genossinnen und Genossen eine schöne Weihnachtszeit, einen guten Start ins neue Jahr und natürlich Gesundheit!

Im November 2019 in den Stadtvorstand gewählt. Danke für das Engagement!

Parteitag findet statt

Am 4. Dezember wird unter Einhaltung strenger Hygieneregeln der neue Stadtvorstand gewählt

Der nächste Stadtparteitag findet als Gesamtmitgliederversammlung am 4. Dezember 2021 im Dresdner Rathaus, Dr. Külz-Ring statt. Der Stadtvorstand diskutierte am 11. November ausgiebig über das Für und Wider einer Verlegung des Parteitages. Grund dafür ist die sich besorgniserregend entwickelnde Infektionslage in der Landeshauptstadt. Entscheidend für die Durchführung ist die Notwendigkeit der Wahl eines neuen Stadtvorstandes, die nach Parteiengesetz aller zwei Jahre durchzuführen ist. Da es gegenwärtig keine Ausnahmeregelung seitens des Gesetzgebers gibt, die Parteien davon befreien – anders als im vergangenen Jahr – kann die Wahl nicht bis auf weiteres verschoben werden. Die Versammlung findet mit einem Hygienekonzept statt.

Es gilt die 3G-Regel. Wir bitten darum, den üblichen Nachweis für Impfung, Genesung oder eine Negativtestung (nicht älter als 24 Stunden) am Einlass vorzulegen. Eine (zusätzliche) Testung vor Ort ist möglich. Wir bitte dafür aus Kapazitätsgründen um vorherige Anmeldung in der Stadtgeschäftsstelle. Außer bei Redebeiträgen ist eine FFP2-Maske zu tragen. Soweit bis zum 4. Dezember 2021 weitere Hygieneregeln verfügt werden, sind diese einzuhalten. Aufgrund der Hygieneauflagen findet keine Essens- und Getränkeversorgung statt. Trinkwasser steht bereit.

Die Einladung wurde, um die Ladungsfrist einzuhalten, fristgemäß verschickt. Dabei ist zu beachten, dass die Durchführung unter dem Vorbehalt der zum geplanten Zeitpunkt des Stadtparteitages aktuell geltenden Infektionsschutzverordnung der Landeshauptstadt Dresden steht. Einfacher gesagt: Wird seitens des Gesundheitsamtes die Veranstaltungsform als solche, oder aber die Nutzung des Rathauses dafür untersagt, muss der Parteitag verschoben werden. Der Stadtvorstand wird in diesem Falle umgehend informieren.

Wer keinen Zugang zum Internet hat und deshalb weder durch Website noch Mitgliederinfo erreichbar ist, sollte sich sicherheitshalber unmittelbar vor dem Parteitag bei anderen Genoss:innen oder telefonisch in der Geschäftsstelle unter 0351/8583801 erkundigen, ob der Parteitag stattfindet.

Bisherige Kandidaturen für den Ältestestenrat

Joachim Adolphi, Gudrun Böhmig, Helga Brand-Kästel, Ronald Fischer, Rainer Hollasky, Christa Kafka, Rainer Kempe, Rolf Klemm, Rotraut Näther

Bisherige Kandidaturen für den Stadtvorstand

- **Vorsitzende**
  Jacqueline Muth, Jens Matthis
- **Stellvertretende Vorsitzende**
  Jenny Kunkel, Florian Berndt
- **Schatzmeister**
  Uwe Schaarschmidt
- **Jugendpolitischer Sprecher**
  Paul Senf
- **Weitere Vorstandsmitglieder**
  Heidrun Angermann, Marina Brandt, Rica Gottwald, Reingard Jokisch, Antje Kazimiers, Jenny Keck, Christel Machold, Kerstin Vietze, Marcus Bartusch, Magnus Hecht, Robert Hennig, Birger Höhn, Benjamin Keckeis, Marcel Ritschel, Niklas Schütze

Bisherige Kandidaturen

Nebenstehend finden sich alle bislang angemeldeten Kandidaturen für die Wahl des Stadtvorstandes und des Ältestenrates. Die Mitglieder des Ältestenrates können offen gewählt werden, die Wahl des Mitglieder des Stadtvorstandes findet selbstverständlich in geheimer Wahl statt. Dabei werden Vorsitzende, Stellvertreter:innen, Schatzmeister und Jugendpolitische Sprecher:in sowie Schatzmeister:in in Einzelwahl und die weiteren Mitglieder des Stadtvorstandes in Listenwahl entsprechend der Sicherung der Mindestquotierung gewählt.

Kristin Hofmann

Staffelstab übergeben

Linksjugend nominiert neuen Jugendpolitischen Sprecher des Stadtverbandes

Ende Oktober hat das höchste entscheidende Gremium der Linksjugend Dresden getagt – das Stadtjugendplenum. Mit dem Ende der zweijährigen Legislatur des Stadtvorstands enden nicht nur zwei, sondern gleich vier Jahre Amtszeit unseres jetzigen jugendpolitischen Sprechers Florian. Er kandidiert nicht noch einmal. Mit damals 17 Jahren war er unser bisher jüngster *Jupo*, hat unsere Themen in den Jugendverband, die Partei und die Öffentlichkeit getragen. Er hat unseren Jugendwahlkampf zur Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahl organisiert, er streitet für Bildungspolitik und hat die Unterschriftensammlungen für den Volksentscheid zur Gemeinschaftsschule koordiniert – dabei haben die Partei und der Jugendverband über 25.000 Unterschriften gesammelt. Und das ist nur ein kleiner Ausschnitt seiner Arbeit als Jupo, hier ließe sich noch vieles ergänzen. Zusammenfassend möchte ich und möchten wir als linksjugend Dresden nur Danke sagen und ihm alles Gute für seine Kandidatur als stellvertretender Vorsitzender des Stadtverbandes wünschen, die wir von Herzen unterstützen!

Annina Hermes, Paul Senf und Florian Berndt (von links)

Es braucht die Beteiligung der Jugend – in der Gesellschaft und in unserer Partei

Auf dem Stadtjugendplenum standen einige Wahlen an. Neben verschiedenen Wahlen für Gremien der Linksjugend Sachsen – hier wurde Annina Hermes gewählt –, sowie der Wahl unseres neuen Schatzmeisters – gewählt wurde Florian Berndt – haben wir einen neuen jugendpolitischen Sprecher nominiert: Paul Senf, mit 100 Prozent. Er wird auf dem Stadtparteitag für den Stadtvorstand kandidieren. Paul wurde in der Studierendenvertretung politisch sozialisiert, ist Mitglied des Studierendenrates und vertritt die LINKE Hochschulgruppe im Senat der Technischen Universität Dresden. Außerdem ist er Sprecher der Konferenz Sächsischer Studierendenschaften. Paul möchte die Interessen der jungen Generation vertreten, denn nicht zuletzt die Bundestagswahl hat gezeigt, dass die LINKE auch bei jungen Wählenden erhebliche Stimmeinbußen verzeichnen musste. Bei dieser Gruppe sind uns andere Parteien weit voraus. In seiner Rede sprach Paul davon, dass unsere grobe inhaltliche Ausrichtung zwar stimmt, aber, dass den bestimmenden Themen der jungen Generation, wie zum Beispiel Klimaschutz, Bildung und Digitalisierung, mehr Bedeutung beigemessen muss und sie zeitgemäßer präsentiert werden müssen. Es braucht Jugendbeteiligung – sowohl in der Gesellschaft als auch in unserer Partei.

Neben den Wahlen wurden auch Anträge beschlossen, wir behandelten Änderungsanträge zur Satzung, sprachen uns einstimmig für die Unterstützung des Protests gegen die Fahrtpreiserhöhung des ÖPNV in Dresden aus und schließen uns damit den Forderungen und Bemühungen der Partei und Stadtratsfraktion an, die Preise nicht zu erhöhen.

Nach diesem Wahljahr wollen wir uns, neben der anstehenden OB-Wahl, verstärkt auf inhaltliche Veranstaltungen und politische Aktionen konzentrieren. So sind natürlich wieder regelmäßige Veranstaltungen, wie das Gedenken zur Befreiung von Auschwitz, Stolpersteinpflege, Aktionen zum Frauenkampftag, die Mitgestaltung des internationalen Tages gegen Homo-, Inter- und Transphobie oder des Arbeiterkampftages und vieles mehr geplant. Auf ins neue Jahr! *Annina Hermes*

Stolperstein für Arthur Anton Zinn in Dresden-Plauen

ERINNERUNG AN VERBRECHEN DES FASCHISMUS

Verantwortung vor der Zukunft

Am 9. November jährte sich zum 83. Mal die Reichspogromnacht. 1938 wurden Jüdinnen und Juden, Erwachsene wie Kinder, aus ihren Wohnungen oder Geschäften gezerrt, auf der Straße zusammengeschlagen, direkt getötet oder in den Suizid getrieben. Am Tag darauf wurden circa 30.000 Menschen in Konzentrationslager deportiert, wo viele von ihnen grausam getötet wurden. Allein an jenem Abend wurden tausende Geschäfte, Wohnungen und jüdische Friedhöfe zerstört. Unter den circa 1400 Synagogen und Gebetsräumen, die an diesem Abend abgebrannt wurden, war auch die Sempersynagoge in Dresden.

Gunter Demnig entwickelte das Stolpersteinprojekt

Wir haben aller gedacht, die den menschenverachtenden Taten des NS-Regimes zum Opfer gefallen sind. Wir nutzen diesen Tag immer, um einige Stolpersteine in der Stadt zu reinigen und dort eine kleine Gedenkstätte zu errichten. Solche Stolpersteine gibt es in ganz Deutschland, und sie markieren die (letzten bekannten, frei gewählten) Wohnhäuser von Menschen, die im Holocaust ermordet wurden, sie sollen an diese Menschen erinnern. So waren wir im Dresdner Westen unterwegs und haben mehrere Stolpersteine geputzt. In Dresden Plauen wurde für Arthur Anton Zinn ein Stolperstein errichtet: Arthur wurde 1899 mit einer geistigen Behinderung geboren. Er war von 1911 bis 1916 Patient der psychiatrischen Abteilung im Krankenhaus Löbtauer Straße in Dresden, lebte anschließend bis Sommer 1940 in der Landesanstalt Arnsdorf. Am 31. Juli 1940 wurde er in die Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein deportiert und wahrscheinlich am selben Tag ermordet. *Florian Berndt*

Geltendes Recht durchsetzen!

Das Zurückschieben von Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen ist schlicht völkerrechtswidrig

Ob im Mittelmeer oder an den EU-Außengrenzen auf dem Festland: Pushbacks sind unmenschlich und illegal

Pushback-Praktiken sind in Europa zur Mainstream-Politik geworden – schaut man nach Kroatien, Polen oder Griechenland. Diese rechtswidrige Politik ist zudem staatlich organisiert und politisch gewollt. Im Auftrag von nationalen Regierungen werden Geflüchtete an EU-gesponserten Grenzzäunen festgehalten, ausgeraubt, geschlagen, gedemütigt und ausgehungert. Unter den Augen von Frontex werden Frauen, Kinder und Männer auf dem Meer ausgesetzt, in Wälder abgedrängt, in Flüsse geworfen. Pushbacks sind eine menschenrechtliche Kapitulation und immer illegal!

Die Rhetorik der Kriegsführung, die EU-Kommission und die Mitgliedsstaaten in den letzten Wochen und Monaten verwenden, ist eine Schande: Migrant:innen werden als *Waffe* bezeichnet und die Regierenden faseln von einer hybriden Gefahr. Wir sprechen hier aber über Menschen: Kinder, Frauen und Männer. Menschen, die in der Eiseskälte ausharren, ohne jegliche Versorgung. Mindestens zehn Menschen sind in den letzten Monaten gestorben. Kürzlich wurde über Schüsse an der polnisch-belarussischen Grenze berichtet. Menschen in Not werden für diesen Konflikt missbraucht und bewusst dem Kälte- und Hungertod überlassen. Wir dürfen keine Zeit verlieren. Die EU muss jetzt sofort handeln, die Menschen akut versorgen und aufnehmen, sonst werden noch mehr Menschen sterben.

Das Recht auf Asyl in Europa wird jeden Tag angegriffen

Die Bilder, die uns in den letzten Tagen von der polnisch-belarussischen Grenze erreichen, sind der wahrhaftige Ausdruck der Festung Europa. Mauern, Stacheldraht, schwerbewaffnete Polizist:innen und Soldat:innen – und Menschen, die alleine im Wald gelassen, illegal zurückgedrängt und ihrem Schicksal überlassen werden. Frau von der Leyen spricht davon, die Menschen so schnell wie möglich in ihre Herkunftsländer abzuschieben. Asylverfahren erwähnt sie mit keinem Wort. Die Menschen haben alle das Recht, einen Asylantrag zu stellen – dieses wird ihnen jedoch faktisch verwehrt. Man muss nicht nur gegen Lukaschenko vorgehen, sondern auch gegen Polen und alle Mitgliedstaaten, die hier die Menschenrechte mit Füßen treten.

Wesentlicher Kern jedes Pushbacks ist, Geflüchteten das Recht zu verweigern, einen Asylantrag zu stellen. Das individuelle Recht auf Asyl wird damit abgeschafft und die gewaltsame Zurückdrängung zur grausamen Normalität. Wir müssen uns entschieden gegen die Normalisierung dieser Praktiken wehren. Das Recht auf Asyl in Europa wird jeden Tag angegriffen und wir werden immer zusammenstehen, um es zu verteidigen. *Dr. Cornelia Ernst*

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93
01127 Dresden

Kontakt
Telefon: 0351/8583801
Fax: 0351/8583802
kontakt@dielinke-dresden.de
www.dielinke-dresden.de

V.i.S.d.P.
Uwe Schaarschmidt

Autor:innen dieser Ausgabe
Florian Berndt, Matthias W. Birkwald, Dr. Cornelia Ernst, Nicole Gohlke, Anina Hermes, Kristin Hofmann, Katja Kipping, Rotraut Näther, Uwe Schaarschmidt

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

Bildnachweise
Joseph Chan/unsplash (1), Petra Bork/pixelio (2), Nathan Mullet/unsplash (2), Dietz Berlin (2), Andreas Dress/unsplash (3), Matthew de Livera/unsplash (3), cdc/unsplash (4), Martin Adams/unsplash (4), DDSchi/wikimedia commons (5), Jörg Blobelt/wikimedia commons (5), Linksjugend Dresden (7), Mika Baumeister/unsplash (8)

Gestaltung und Satz
Ostsüdost

Druck
LR Druckerei GmbH

Auflage
Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 3000 Exemplaren gedruckt.
Digital lesbar ist die Ausgabe unter www.dielinke-dresden.de

Redaktionsschluss
8. November 2021

Unterstützung
Die Zeitschrift »Mittendrin« kann kostenfrei abonniert werden. Wir freuen uns jedoch über eine Spende, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen.
Spendenkonto:
DIE LINKE. Dresden
IBAN: DE94 8505 0300 3120 1714 16
Ostsächsische Sparkasse Dresden

DIE LINKE.
Stadtverband Dresden

Quo vadis Ehrenamt?

In Deutschland haben sich im Jahr 2020 laut einer Allensbach-Umfrage 17,1 Millionen Menschen ehrenamtlich engagiert

Zwei Drittel aller ehrenamtlichen Engagierten sind voll berufstätig oder Rentner, die früher berufstätig waren. Außerdem verfügen die Personen mit ehrenamtlichem Engagement über ein insgesamt höheres Haushaltsnettoeinkommen als der Durchschnitt der deutschen Bevölkerung. Aktuell sind laut Aussagen auf der Webseite www.ehrensache.jetzt.de in Dresden 2394 ehrenamtliche Wochenstunden vergeben. Im Bereich Sport sind 2410 lizenzierte Übungsleiter:innen registriert. Wie wir wissen, gibt es darüber hinaus Menschen, die ohne Ehrenamtsförderung aktiv sind – zum Beispiel in der Betreuung von geflüchteten Menschen oder in politischen Parteien.

Eine:r für alle, alle für eine:n – Ehrenamt stärkt die Gesellschaft

Ehrenamt als Luxus?

Die oben genannten Zahlen zeigen, dass ein solides Familieneinkommen die Basis für ehrenamtliche Arbeit ist, da ein Mensch trotz vielfältiger Förderung und Unterstützung vom Ehrenamt nicht leben kann. Auch wenn 2019 erstmals das Kommunale Ehrenamtsbudget als Pauschale in Höhe von 200.000 Euro vom Land Sachsen etabliert wurde und wenn mit der vom Stadtrat am 14. Oktober 2021 beschlossenen »Fortschreibung des Konzepts zur Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements« eine eigene Fachförderrichtlinie zum Gegenstand geplant ist, sollen lediglich die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement bei den Dresdner:innen gestärkt, deren Qualifizierungsmöglichkeiten erweitert und die Anerkennungs- und Würdigungsformen für Engagierte ausgebaut werden. Das ändert nichts Grundlegendes an der bisherigen Struktur der Ehrenamtsförderung. Die Doppelbelastung bei geringem finanziellen Ausgleich für voll berufstätige Ehrenamtler:innen bleibt.

Es bleibt auch die Frage, warum die gesellschaftliche Anerkennung in verschiedenen Bereichen sehr unterschiedlich ist. So ist das Engagement beim Katastrophenschutz, der Freiwilligen Feuerwehr, dem Deutschen Roten Kreuz, der Einsatz als Laienrichter:in bzw. Schöffe:in, das Engagement in der Jugendhilfe oder der Einsatz im Betriebsrat besonders anerkannt. Ehrenämter im Tierschutz, in der Obdachlosenhilfe oder beim DAMF (Deutsch Asyl Migration Flucht) sind gleichfalls wichtig und benötigen Zeit der Engagierten, genießen aber häufig geringere Anerkennung.

Ehrenamt gehört zu einer lebendigen Demokratie

Nachdenken über neue Strukturen

Das ehrenamtliche Engagement – geleistet zusätzlich zur Erwerbsarbeit – bringt immer mehr Menschen an die Grenzen ihrer physischen wie psychischen Belastbarkeit. Nicht wenige geben ihren Ehrenamtsjob auf. Auch wenn ehrenamtliches Engagement zu einer lebendigen Demokratie gehört, ist es deshalb an der Zeit, grundlegend über die Möglichkeiten für nachhaltige Anerkennung und Umstrukturierung im Bereich des Ehrenamtes nachzudenken. Das könnte durch versicherungspflichtige Teilzeitjobs oder eine Vollzeitanstellung geschehen. Auch eine Sammlung von Rentenpunkten für ehrenamtlich geleistete Arbeitsstunden wäre denkbar.

Eine Anstellung durch leistungsstarke Unternehmen bzw. den Bund, eine Reichensteuer, eine Steuer auf Millionenerbschaften oder eine gemeinnützige Abgabe für Einkommensmillionär:innen könnten Finanzierungsquellen sein. Es gibt genug Geld im System Deutschland. Es muss nur im Sinne der Allgemeinheit genutzt werden.

Margot Gaitzsch

Längeres gemeinsames Lernen könnte nun Realität werden

GEMEINSCHAFTSSCHULE

Jetzt wird’s konkret

Seit Jahren kämpft DIE LINKE für ein längeres gemeinsames Lernen. Einen ersten Erfolg gab es im April dieses Jahres – der Stadtrat beschloss die Prüfung einer Gemeinschaftsschule im Dresdner Norden. Im August 2021 dann sah die Stadtverwaltung für das Vorhaben keine Perspektive – mit der Begründung, dass keine der ansässigen Schulen die geeignete Größe dafür habe und bei Umwandlung einer *passenden* Schule ein Gymnasium im Norden fehlen würde.

Die Gemeinschaftsschule als hoffnungsloser Fall in Dresden? Mitnichten! Die Stadtverwaltung schlägt nun die 151. Oberschule in der Albertstadt als geeigneten Standort vor. Dieser Standort beherbergt bereits jetzt Schülerinnen und Schüler aus Klotzsche und ist gut erreichbar.

Der Vorschlag der Verwaltung sieht nun die Fusion der 151. Oberschule mit der Universitätsgrundschule und der Universitätsoberschule zu einer Gemeinschaftsschule vor. Die Zusammenführung sei notwendig, um die geeigneten Kapazitäten für zwölf Klassenstufen zu ermöglichen.

Ein großer Schritt, der nur deshalb gegangen werden kann, weil die »Initiative zu einer Gemeinschaftsschule im Dresdner Norden von der 151. Oberschule selbst aufgegriffen wurde«, wie LINKEN-Stadträtin Anja Apel klarstellt. »Im Gespräch mit der Schulleiterin überzeugte uns ihr Konzept. Wie werden auch zukünftig diese Schulen bei der Umsetzung ihres Konzeptes einer Gemeinschaftsschule unterstützen, das kann und muss auch eine räumliche Erweiterung beinhalten.«

Der Standortwechsel sei dann akzeptabel, wenn »Klotzscher Schülerinnen und Schüler genügend Plätze« bekämen. »Denn im Norden von Dresden können wir längst nicht alle Nachfragen für die Oberschule und das Gymnasium erfüllen. Wir halten eine Lösung über eine festgelegte Quote für nötig und werden das auch in die weitere Diskussion einbringen.«

Die Redaktion

Braun ist keine Farbe des Regenbogens

GESCHLECHTERGERECHTE SPRACHE

Die AfD und ihre Angst vor der Wirklichkeit

Es scheint, als hätte die AfD keine anderen Aufgaben: Nach zahlreichen Anträgen im Landtag und im Bundestag, erreicht die Besessenheit der AfD von geschlechtergerechter Sprache auch Dresden. In einem gemeinsamen Antrag mit den Freien Wählern fordern sie das generelle Verbot geschlechtergerechter Sprache in der Stadtverwaltung. Das so oft von der AfD aufgemachte Szenario des Sprechverbots durch eine Sprache, die mehr als nur Mann und Frau kennt, erweckt die AfD damit selbst zum Leben. Bisher wird niemandem in der Verwaltung vorgeschrieben, wie und was er*sie zu schreiben hat. Mit dem Antrag der AfD hätte das ein Ende.

Dabei geht es bei der Verwendung von geschlechtergerechter Sprache am Ende darum, Menschen mit einzubeziehen und sie sichtbar zu machen. Sprache hat die Aufgabe, Wirklichkeit abzubilden und sie verändert sich seitdem Menschen miteinander sprechen. Ob es der AfD gefällt oder nicht: Die Wirklichkeit, die sie mit ihrer Sprache abbilden wollen, existiert nicht. Sicher wollen sie wieder dahin zurück, aber dagegen haben wir etwas einzuwenden.

Leo Lentz

Mal über Cannabis reden

Plötzlich ist die Legalisierung von Cannabis in Dresden ein Thema. Der Antrag der Dissdenten-Fraktion droht dem wichtigen Anliegen aber einen Bärendienst zu erweisen. *Tilo Kießling* kommentiert die Antragsinitiative

Feindbild in der repressiven Drogenpolitik: linksgrüne Weltverbesserer

»Gebt das Hanf frei!« rief Christian Ströbele 2002 während der Hanfparade in Berlin, und Stefan Raab produzierte daraus einen gleichnamigen Song. Dieser war wegen seines »Eieiei« im Kehrreim sehr eingängig, manchmal in fröhlichen Momenten höre ich mir das an und manchmal rufe ich es aus. Dann eher, wenn irgendetwas zu billig und populistisch daherkommt. So etwa ein gegenwärtig in den Ratsgremien zu beratender Antrag der Fraktion Dissidenten. Diese werden übrigens in den internen Systemen der Rathausverwaltung mit DISS abgekürzt, und so etwa ist die Wirkung der Dinge, die sie tun.

Repressiver Ansatz unter Druck

Ernsthafter Einschub: Die weitgehende Freigabe von Drogen, begleitet durch Kontrollmaßnahmen für die Produktion, Aufklärungsmaßnahmen für die Nutzer:innen und nach Notwendigkeit auch Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen für diejenigen, die dennoch dem Suchtpotenzial verfallen, ist schon sehr lange in der politischen Diskussion. Diese Diskussion ist eingebettet in eine globale politische Diskussion über die Drogenpolitik, bei der die repressive Komponente sowohl in der Außen- als auch in der Innenpolitik immer wieder den willkommenen Anlass für gewaltförmige Intervention bietet. Allerdings verliert diese Position der drogenpolitischen Repression immer weiter an Boden. Grund dafür ist einerseits die schwache Begründungslage, bei der Alkohol akzeptiert wird, andere Rauschmittel aber trotz deutlich geringerer Schadenswirkung hart verfolgt werden. Grund ist ebenso die Abnutzung des Mittels der Drogenpolitik als Interventionsgrund in der internationalen Politik und nicht zuletzt gerät eine harte Drogenpolitik unter Druck, weil sich mit Produktion und Handel von Drogen natürlich auch ein lukrativer Wirtschaftszweig eröffnet.

All das spiegelt sich dann natürlich in der innerdeutschen Debatte wider, bei der sich nun in der neuen Ampelkoalition auf Bundesebene eine Freigabe zumindest von Cannabis anzudeuten scheint.

Was das Modellprojekt genau erreichen soll, verschweigen uns die Helden der Freiheit

Aber natürlich finden sich allüberall noch die Freund:innen der Repression, die entweder die lange ventilierten Begründungen der Drogenverfolgung glauben oder denen einfach der stilisierte Kiffer mit langen Rastas als Sinnbild des linksgrün versifften Zeitgeistes erscheint.

Schwacher Antrag, keine Zielstellung

Unsere Dissidenten nun wollten mit einem dahingeschmierten Antrag ein wenig teilhaben an dieser großen Bewegung. Sie beantragen in zwei Punkten, es möge heiße Luft gemacht werden, (»Der Oberbürgermeister soll sich einsetzen, dass ...«). In einem dritten Punkt kommen sie zur Sache und werden geradezu revolutionär: Es soll ein Modellprojekt nach dem Betäubungsmittelgesetz konzipiert und einem wichtigen Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte zur Abstimmung vorgelegt werden. Ja, so muss das! Ein Modellprojekt! Was es genau erreichen soll, verschweigen uns die Helden der Freiheit. Aber sie fürchten sich auch gleich ein wenig vor ihrer Courage. Denn sie schlagen sofort vor, wer das Modellprojekt mit erarbeiten soll: Unsere geliebte sächsische Polizei.

Eieiei. Ein Pirat, ein Die-Partei-Soldat und zwei beleidigte Grüne haben die Tür zur Freiheit entdeckt. In einem von der sächsischen Polizei mitkonzipierten und dann von einem Bundesinstitut genehmigten Modellprojekt unklarer Zielstellung liegt nun also nach der Dissidenten-Vorstellung die Hoffnung der Kiffer:innen Dresdens. Um das zu verstehen, brauche ich erst mal ein Bier.

Neufassung der Kulturförderung

Kulturschaffende brauchen Sicherheit, faire Honorare und guten Nachwuchs – all das wird mit der neuen Richtlinie für die Kulturförderung angestrebt

Die Neufassung der Kulturförderung bedeutet in vielen Bereichen eine grundsätzliche Veränderung der bisherigen kulturellen Förderung, die den realen Begebenheiten und den Zielen des Kulturentwicklungsplanes nicht mehr gerecht wurde. Der Neufassung ging ein Beteiligungsprozess voraus, in den die Künstler:innen umfangreich eingebunden waren.In einer von der Verwaltung organisierten Veranstaltung erzählten zum Beispiel Künstler:innen von ihrer ganz persönlichen Situation und beschrieben, unter welchen Arbeits- und Lebensbedingungen sie künstlerisch tätig sind. Eine solche Sensibilisierung für die zum großen Teil unter prekären Verhältnissen arbeitenden freien Künstler:innen war wichtig und notwendig.

In der Folge ist nun eine der Bedingungen der künftigen kommunalen Kulturförderung die Bezahlung von Honoraruntergrenzen. Eine weitere Neuerung: Damit junge Menschen nach der Ausbildung an unseren drei Ausbildungsstätten für Kunst und Kultur – die Hochschule für Bildende Künste, die Hochschule für Musik Carl Maria von Weber sowie die Palucca Hochschule – auch in der Stadt bleiben, ist es notwendig, ihnen den Start hier zu ermöglichen. Dies tun wir in der neuen Kulturförderrichtlinie durch eine deutliche Erweiterung im Bereich der Stipendienförderung.

Ohne Existenzängste spielt es sich besser

Mehr Sicherheit in der Kultur

Neu gefasst wird auch die Mehrjahresförderung in der institutionellen Förderung für Einrichtungen, welche einen Auftrag der Stadt umsetzen. Dies könnte zum Beispiel für die Volkshochschule zutreffen. Aber auch die Projektförderung kann nunmehr dreijährig sein. Dies gibt mehr Sicherheit bei der Planung und Durchführung von Veranstaltungsformaten wie kleineren Festivals, Filmtagen und ähnlichem und führt vielleicht dazu, dass das kulturelle Programm der Stadt Dresden noch vielfältiger wird.

Natürlich gilt: Als LINKE werden wir uns weiter für eine Erhöhung der Kommunalen Kulturförderung einsetzen. *Anja Apel*

INVESTIVE KULTURFÖRDERUNG

Ein großer Schritt

Wer sein Atelier ausbauen möchte, konnte in Dresden schon bisher Kulturförderung beantragen. Auch wer seine Kirche vergrößern wollte, hätte theoretisch über die Sakralbauförderung Geld bekommen können. Praktisch hat das in letzten Jahren wegen hoher Eigenmittelanforderungen niemand in Anspruch genommen. Diese beiden Förderungsarten werden in einer neuen, sogenannten Fachförderrichtlinie zusammengefasst. Zusätzlich wird eine wirtschaftlich notwendige Fördermöglichkeit geschaffen: Kulturinstitutionen sind berechtigt, sich Investitionen fördern zu lassen. Das ist dann besonders wichtig, wenn dadurch weitere Geldmittel von dritter Seite aufgetrieben werden können.

Damit haben freie Träger von Kulturarbeit sowie Künstler:innen und Kreativschaffende eine zusätzliche Möglichkeit, sich notwendige Anschaffungen wie Technik und Ausstattung oder kleinere Baumaßnahmen fördern zu lassen. Die Produktions- und Arbeitsbedingungen werden verbessert. Die Kulturverwaltung reagiert mit dieser Fachförderrichtlinie auf Bedarfe und seit Jahren artikulierte Schwierigkeiten der freien Kulturszene, die von sich aus in der Regel nicht in der Lage ist, Investitionshaushalte zu bilden und Anschaffungen aus eigener Kraft nur sehr schwer stemmen kann. Insofern ist diese Richtlinie ein großer Wurf der Kulturverwaltung um die linke Kulturbürgermeisterin Annekatrin Klepsch und stellt sich in eine Reihe weiterer Verbesserungen der Fassung kommunaler Kulturförderung, wie zum Beispiel eine neue Richtlinie zur Kulturförderung insgesamt. *Magnus Hecht*

Mehr Platz für Kreativität

GARNISONSFRIEDHOF

Erinnerung spenden

Unseren Befreiern eine würdige Ruhestätte!

Über die Annahme von Spenden über 10.000 Euro an die Landeshauptstadt muss der Stadtrat oder zumindest eines seiner Gremien entscheiden. Die Annahme einer besonderen Sachspende hat der Finanzausschuss Mitte September beschlossen. Dabei handelt es sich perspektivisch um eine Viertel Million Euro – in drei Schritten gespendet durch die Russische Botschaft für die Sanierung des Nordflügels des Garnisonfriedhofes. Die dortigen 600 zivilen Gräber von Angehörigen der Roten Armee stehen zwar unter Denkmalschutz, der Erhalt dieses Friedhofsabschnitts war in den letzten Jahren nie wirklich gesichert. Die Sachspende von russischer Seite könnte das jetzt ändern. *Die Redaktion*

Verscherbelt: das Sachsenbad

GANZ HINTEN LINKS

Alles neu?

Vor 92 Jahren öffnete das Sachsenbad, ein einzigartiges Denkmal des *Neuen Bauens* in Dresden. Ein modernes Schwimmbad in einem Arbeiterviertel - etwas damals sehr Fortschrittliches. Immerhin unter einem liberalen Oberbürgermeister. Vor 27 Jahren wurde das Bad geschlossen. Seitdem warten die Leute in Pieschen und darüber hinaus auf eine Sanierung und Neueröffnung, die ihnen immer wieder versprochen wurde. Von Wagner über Orosz bis Hilbert. Schließlich werden Schwimmhallen in Dresden dringend gebraucht. Nun hat es sich Dresdens derzeitiger OB anders überlegt. Das Sachsenbad wurde gegen den mehrfach erklärten Bürgerwillen verkauft und sieht einer großen Zukunft als Bürohaus entgegen.

Aber Hilbert wäre nicht Hilbert, wenn das schon alles wäre. Zugleich versprach er Dresden ein »Neues Sachsenbad«. Dieses sollte aus dem Verkaufserlös des Sachsenbades bezahlt werden und direkt hinter dem alten Bad und neuem Bürohaus entstehen. Also genau dort, wo sich jetzt viele Dresdner Kleingärten befinden. Das wegfallende Grün wird problemlos durch die Rasendächer auf den neuen Haltstellenhäuschen ersetzt, die ihrerseits die derzeitigen, noch recht soliden 800 Unterstände nach ihrem Abriss ersetzen sollen. Apropos solide: Ist es nicht ein großes Glück, dass Dresden einen FDP-Oberbürgermeister hat, der so geschickt liberale Tradition, ökologische Nachhaltigkeit und finanzpolitische Vernunft verbindet? *Jens Matthis*

KAUFPARK NICKERN

Linke Akzente

Noch 2014 schrieb DIE LINKE in ihrem Kommunalwahlprogram: »Dresden genehmigt keine weiteren Groß-Einkaufszentren [...]«. Was aber, wenn das Groß-Einkaufszentrum – wie im Falle des Kaufparks Nickern – bereits da ist, für 300 Millionen Euro abgerissen und neu aufgebaut werden soll? »Nach 25 Jahren so ein Areal platt zu machen, ist erschütternd«, sagt LINKEN-Bauexperte Tilo Wirtz. Für DIE LINKE bestand die Zielstellung vor diesem Hintergrund, möglichst viele ökologische bzw. linke Akzente zu setzen. Nicht alles ließ sich durchsetzen – das Aufstocken des Kaufparks mit Wohnungen, Investitionen in das Gebiet um den Jacob-Winter-Platz, sollte es für das Prohlis-Center zu Einnahmeausfällen kommen, wurden im Bauausschuss mehrheitlich abgelehnt.

An anderer Stelle gelang es: Der Investor verpflichtet sich zu einer Holz-Hybrid-Bauweise und minimiert den Einschlag bei Großgehölzen. Zu guter Letzt werden Verkaufsflächen für Waffen und Munition im Rahmen des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan nicht zugelassen.

Die Redaktion

Im Hintergrund sieht's bald anders aus

PERSONAL

Bewerbung für Stadtbezirksamtsleitung

Hat viel vor: Thomas Grundmann

Christian Wintrich, Stadtbezirksamtsleiter für Pieschen und Klotzsche, geht zum Ende des Jahres in den Ruhestand. Für seine Nachfolge macht die Stadtverwaltung einen Vorschlag, den DIE LINKE voll und ganz unterstützt: Thomas Grundmann, Mitglied der Dresdner LINKEN und bisher persönlicher Referent unserer Kulturbürgermeisterin Annekatrin Klepsch.

Grundmann selbst unterstreicht, dass es DIE LINKE war, »die die Vision hatte, den Stadtbezirken mehr Kompetenzen und mehr Verantwortung zu übertragen. Dass dieses Vorhaben mit der Stadtbezirksverfassung im Stadtrat durchgesetzt wurde, ist ein großer Erfolg. Aber der Beschluss ist erst der Anfang, auf die Umsetzung kommt es an!

Die neu geschaffenen Möglichkeiten, in den Stadtbezirken gestaltend wirken zu können, müssen mit Leben erfüllt und weiterentwickelt werden. Diesen Gestaltungsanspruch möchte ich im neuen Amt mit größtmöglicher Transparenz und unter Einbeziehung der Stadtbezirksbeiräte unterstützen und umsetzen - nicht zuletzt mit den Menschen und Initiativen vor Ort.« *Die Redaktion*

VORNE LINKS
Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.
Thomas Feske

Kontakt
Telefon: 0351/4882822
fraktion@dielinke-dresden.de

Redaktion
Thomas Feske, Susann Dietzschold, Luca-Alexander Lobe

Autor:innen dieser Ausgabe
Anja Apel, Pia Barkow, Thomas Feske, Dr. Margot Gaitzsch, Magnus Hecht, Anne Holowenko, Tilo Kießling, Leo Lentz, Jens Matthis, André Schollbach, Tilo Wirtz

Redaktionsschluss
4. November 2021

Bildnachweise
burts / Wikimedia Commons (1); upungato/ iStock (2); rumuba / photocase.de (2); Gleise / Pixabay (3); Archiv Fraktion (3); Vorwerkstraße / wohnkultur.haus (4); Nikolai Karaneschev / Wikimedia Commons (4); Ehrenamt , Schule / Pixabay (5); Regenbogen, Cannabis/Pixabay (6); X-Weinzar / Wikimedia Commons (7); Musiker, Atelier/Pixabay (7); Wikimedia Commons (8); Sachsenbad, Kaufpark Nickern / Wikimedia Commons (8); Archiv Fraktion (8)

Gestaltung und Satz
Ostsüdost

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.

Druck
LR Druckerei GmbH

Auflage
Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 3000 Exemplaren gedruckt.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat